

Jorge Umberto Mantilla im Interview

Innenansichten der Legislative in Kolumbien

Jorge Humberto Mantilla ist als Generalsekretär der kolumbianischen Abgeordnetenkammer ein profunder Kenner der kolumbianischen Demokratie. Als aktuelle Herausforderung für das Land beschreibt er zuvorderst den Friedensprozess, dessen einzelgesetzliche Implementierung über das Parlament erfolgt. Mantilla bricht dabei eine Lanze für die repräsentative Demokratie. Wichtig für eine weitere Stärkung des Parlaments und damit der Demokratie ist eine Modernisierung, die auf Transparenz und Bürgerbeteiligung abzielt. Auch die Zusammenarbeit mit internationalen Akteuren und der interparlamentarische Austausch sind hierfür von zentraler Bedeutung.

Schlagwörter:

Kongress der Republik Kolumbien – Legislative – Parlamentsverwaltung – Politische Partizipation – Bürgerbeteiligung – Demokratieförderung – Parlamentsberatung – Friedensprozess – Parlamentsmodernisierung – Transparenz

INNENANSICHTEN DER LEGISLATIVE IN KOLUMBIEN

|| Jorge Humberto Mantilla im Interview

Die Republik Kolumbien ist ungeachtet der mit dem vielschichtigen bewaffneten Konflikt verbundenen Herausforderungen eine nicht nur im regionalen Vergleich sehr stabile Präsidentialdemokratie und kann auf eine mehr als 150-jährige Geschichte des Parlaments zurückblicken. Der Kongress der Republik ist ein Zweikammerparlament und besteht aus Senat und Abgeordnetenversammlung. Zu den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen für ein modernes und bürgernahes Parlament, dessen Rolle im Friedensprozess mit der Guerilla FARC und der Zusammenarbeit mit der Hanns-Seidel-Stiftung äußert sich der Generalsekretär der Abgeordnetenversammlung, Jorge Humberto Mantilla. In seiner zwischen Politik und Verwaltung zu verordnenden Funktion ist er neben seiner Aufgabe als Direktor der Verwaltung der Abgeordnetenversammlung auch für die Abstimmung der parlamentarischen Agenda zwischen den Fraktionen zuständig und leitet zudem die Plenarsitzungen. Erfahrung in der Politik sammelte er als Stadtrat und Bürgermeister einer Großstadt sowie als Mitglied der kolumbianischen Abgeordnetenversammlung. Das Interview wurde durch Benjamin Bobbe, Auslandsmitarbeiter für Kolumbien und Venezuela, am 27.12.2016 geführt.

Wo sehen Sie aus Ihrer Sicht als Generalsekretär der Abgeordnetenversammlung derzeit die wichtigsten Aufgaben und größten Herausforderungen für die Demokratie und den Parlamentarismus in Kolumbien?

Mantilla: Die kolumbianische Demokratie befindet sich in einem permanenten Prozess

der Weiterentwicklung. Dies gilt nicht nur für den Staat und seine Gewalten, sondern auch die Bürger insgesamt. Die wichtigsten Aufgaben sehe ich in der Weiterentwicklung unserer Verfassung, die Implementierung und Einhaltung der darin enthaltenen Gesetze und insbesondere der Verwirklichung des sozialen Rechtsstaats, dessen Umsetzung in weniger Armut und mehr soziale Gleichheit resultiert. Die Herausforderungen unserer Demokratie sind es daher, einen vollständigen Frieden zu erreichen, und darüber hinaus die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung voranzutreiben.

Kolumbien erlebt derzeit einen international viel beachteten Friedensprozess mit der Guerilla FARC. Nachdem ein erstes Abkommen in einer von der Regierung Santos freiwillig angesetzten Volksabstimmung von den Bürgern mit äußerst knapper Mehrheit abgelehnt worden war, wurde ein in fast allen Bereichen überarbeitetes Abkommen vorgelegt. Am 1. Dezember 2016 hat nach dem Senat nun auch die Abgeordnetenversammlung dieses neue Abkommen ratifiziert, sodass der Friedensschluss nun eine Realität ist. Könnten Sie kurz die Rolle und Bedeutung des Kongresses der Republik bei der bevorstehenden Umsetzung des Friedensabkommens beschreiben?

Mantilla: Die Umsetzung des Friedensabkommens hat bereits begonnen. Die Regierung hat bereits ein Amnestiegesetz vorgelegt, zwei Gesetzesentwürfe zur Übergangsgerechtigkeit und einen für ein Gesetz über die Beteiligung von Sprechern der neuen Partei der FARC im Kongress der Republik. Zusam-

men mit weiteren, folgenden Gesetzen im Rahmen eines verkürzten Schnellgesetzgebungsverfahrens wird dies der wesentliche Beitrag der Legislative zur Beteiligung am Frieden und zu dessen Konsolidierung sein. Aufgrund seiner Befugnisse zur politischen Kontrolle wird auch die Rolle des Kongresses in der Überwachung und Begleitung des Friedensprozesses ganz wesentlich sein, damit der Frieden auch wirklich eine Realität wird.

In Kolumbien hat sich nach dem negativen Ausgang der von der Regierung freiwillig angesetzten Volksabstimmung und der nachfolgenden Entscheidung der Regierung Santos, das darauf hin überarbeitete Abkommen nicht noch ein zweites Mal der Bevölkerung zur Abstimmung vorzulegen, eine demokratiethoretische Debatte über direkte und repräsentative Demokratie entsponnen. Wie erleben Sie diese Debatte? Und ist es aus ihrer Sicht richtig, dass der Kongress eine solche Entscheidung trifft – und nicht die Bürger direkt?

Mantilla: Ideal wäre es natürlich gewesen, wenn es mehr Zustimmung der Bürger zu dem ersten Abkommen gegeben hätte, die Annahme und Implementierung läuft aber gemäß Verfassung über den Kongress. Nun muss es darum gehen, dass sich die staatliche Gewalten wie auch die FARC richtig verhalten und richtig handeln, um das Vertrauen einer Mehrheit der Zivilgesellschaft zu gewinnen. Es dürfen nun keine Fehler passieren. Der Kongress der Republik ist ein sehr bedeutender staatlicher Akteur unserer Demokratie, denn er bildet alle politischen Kräfte des Landes ab, die das Recht haben sich zu äußern und einzubringen und die bestmöglichen Gesetze zu schaffen, die das Land braucht.

Lassen wir den Friedensprozess einmal außen vor. Was kann der Kongress der Republik grundsätzlich tun, um die Bürger für die Demokratie und für eine aktivere Beteiligung an politischen Angelegenheiten zu gewinnen?

Mantilla: Zuvorderst geht es darum, ein gutes Beispiel durch die Erfüllung der Aufgaben zu geben, das gilt für den öffentlichen wie auch den privaten Bereich. Daneben geht es auch um ein soziales Bewusstsein bei den Inhalten und den Gesetzen, die dort geschaffen werden. Wir arbeiten daran, diese Kultur zu stärken. Das gilt für die Parlamentarier wie auch die Mitarbeiter der Parlamentsverwaltung. Bei all dem ist die Querverbindung nationaler und internationaler Entitäten ganz entscheidend – wie etwa die Hanns-Seidel-Stiftung, die uns berät, weiterbildet und mit Publikationen und bei Prozessen unterstützt, hier vor allem der Bürgerbeteiligung, wo wir darauf abzielen, mehr und mehr Bürger mit der Arbeit des Kongress vertraut zu machen.



Jorge Humberto Mantilla ist seit 2012 Generalsekretär der kolumbianischen Abgeordnetenkammer. Nach dem Studium der Rechtswissenschaften war er u.a. Bürgermeister Stadt Floridablanca, viele Jahre selber Mitglied der Abgeordnetenkammer mit unterschiedlichen Funktionen in Verfassungsausschüssen. Er ist Mitglied der Konservativen Partei Kolumbiens. Noch heute lehrt er als Dozent an der Universidad Santo Tomas de Aquino de Bucaramanga die Fächer Staatstheorie und Kolumbianisches Verfassungsrecht.

Politik und Verwaltung sind in allen Ländern mit Fragen der Transparenz konfrontiert. Wie stellen sich der Kongress der Republik Kolumbien und insbesondere die Parlamentsverwaltungen von Senat und Abgeordnetenkammer diesem Thema?

Mantilla: Transparenz ist ein zentraler Pfeiler bei Gesetzgebungsprozessen, bei der Praxis der politischen Repräsentation und bei jeglicher Berufsausübung. Aber in der Politik kommt der Transparenz eine besondere Bedeutung zu, denn es geht ja nicht nur um die Praxis des Regierens und des Verwal-

tens öffentlicher Angelegenheiten, sondern auch die Kunst als Menschen zu einer Übereinkunft zu kommen. Politik zu betreiben ist daher eine tägliche Aufgabe, ohne die wir uns weder als Gesellschaft noch als Individuum weiter entwickeln. Daher kann es ohne Transparenz nach meiner Auffassung auch keinen gesellschaftlichen Wohlstand geben.

Die Arbeit der Hanns-Seidel-Stiftung verfolgt unter anderem das Ziel, Parlamente zu stärken. Wir stellen bei unserer Arbeit insbesondere in Präsidialsystemen immer wieder eine starke Exekutivlastigkeit fest. Manche Regierungen versuchen, Parlamente zu schwächen oder Parlamente schwächen sich bei Vorhandensein einer Parlamentsmehrheit der Regierungskoalition teilweise gezielt selbst gegenüber einer Regierung. Auch in Deutschland sehen wir ähnliche Tendenzen. Was ist aus ihrer Sicht im kolumbianischen Fall zu tun, damit der Kongress bestmöglich seine Gestaltungs- und Kontrollspielräume nutzen kann? Sehen sie für Kolumbien überhaupt diesbezüglich einen Handlungsbedarf?

Mantilla: Ich glaube nicht, dass, auch wenn die Exekutive den Staats- und Regierungschef vereint, deren Übergewicht gegenüber den anderen Gewalten ein natürlicher Zustand ist. Ich denke, ein Aspekt an dem wir arbeiten müssen, wollen wir den Kongress stärken, ist die Stärkung der politischen Parteien und nicht etwaiger Bündnisse individueller Interessen. In Kolumbien sehen wir hier einen positiven Wandel. Derzeit gibt es im Kongress und hier insbesondere in der Abgeordnetenkammer eine Reihe von Aktivitäten im Hinblick auf die Beziehung der Zivilgesellschaft zur Legislative. Man hat hier nicht nur in technische Ausstattung investiert, sondern in die Weiterbildung der Verwaltungsmitarbeiter und die Einrichtung von mit der Bürgerbeteiligung beauftragten Abteilungen der Parlamentsverwaltung.

Welchen Beitrag können Organisationen der Internationalen Zusammenarbeit wie die

Hanns-Seidel-Stiftung leisten, um die Demokratie in Kolumbien und insbesondere die Legislative weiter zu stärken? Wie sind Ihre Erfahrungen der Vergangenheit und was würde Sie sich für die Zukunft wünschen?

Mantilla: Zweifellos hat die Internationale Zusammenarbeit einen ganz wesentlichen Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie geleistet. Dies insbesondere im Bereich der technischen Zusammenarbeit und dem komplementären Erfahrungsaustausch zwischen Parlamenten in den Bereichen der Gesetzgebung und der Verwaltung sowie insbesondere der Programme zur Annäherung der Bürger an ihre Parlamente. Auch daher war und ist für den Kongress die Zusammenarbeit mit der Hanns-Seidel-Stiftung und deren Partner Stiftung Domopaz so wichtig. Ich nenne als Beispiel die „Tage der offenen Tür“ bei denen wöchentlich Bürger und vor allem Schüler ganz direkt die Aufgaben unseres Parlaments und die Bedeutung der politischen Beteiligung in einer Demokratie verstehen lernen. Hervorheben möchte ich auch die Weiterbildungsprogramme zu Gesetzgebungstechniken für wissenschaftliche Mitarbeiter von Parlamentariern und Verwaltungsmitarbeitern, die Einführungsseminare für neugewählte Parlamentarier zu Beginn einer Legislaturperiode sowie die bereits erwähnten Fachpublikationen zur Gesetzgebung. Wenn wir einen Blick in die Zukunft werfen: Derzeit prüfen wir zusammen mit der Hanns-Seidel-Stiftung und der Unterstützung aus Deutschland die Möglichkeit ein Projekt aufzulegen, bei dem es um die Modernisierung des Petitionswesens geht, also die Bearbeitung von Bürgeranliegen. Hier soll unter anderem durch eine Modernisierung der Datenverarbeitung bedeutende Verbesserung erreicht werden, um Petitionen, Anfragen, Beschwerden und Beanstandungen effizienter als bislang bearbeiten und so den Bürgern eine bessere Dienstleistung bieten zu können.

Vielen Dank für das Gespräch!